

# Richterliche Geschäftsverteilung

für das  
Sozialgericht Stralsund

**25.05.2018**

Der Geschäftsverteilungsplan beruht auf dem Beschluss des Präsidiums vom 24. Mai 2018 und gilt – vorbehaltlich der Anhörung des Ausschusses der Ehrenamtlichen Richter - ab dem 25. Mai 2018.

## **I. Kammern und deren Besetzung**

### **1. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Brätz  
2. Vertreter: Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald

### **2. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgerichts Oberfeld  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Wohlan  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Brätz

### **3. Kammer**

Vorsitzender: Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald  
1. Vertreter: Direktorin des Sozialgericht Dr. Crellwitz  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Wohlan

### **4. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Brätz  
2. Vertreter: Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald

### **5. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgericht Wohlan  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Oberfeld  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz

### **6. Kammer**

Vorsitzender: Direktorin des Sozialgerichts Dr. Crellwitz  
1. Vertreter: Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Oberfeld

### **7. Kammer**

Vorsitzender: Richter am Sozialgericht Schäler  
1. Vertreter: Richter am Sozialgericht Müller  
2. Vertreter: Richter am Sozialgericht Prehn

## **8. Kammer**

Vorsitzender: Richter am Sozialgericht Prehn  
1. Vertreter: Richter am Sozialgericht Schäler  
2. Vertreter: Richter am Sozialgericht Müller

## **9. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgericht Oberfeld  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Wohlan  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Brätz

## **10. Kammer**

Vorsitzender: Richter am Sozialgericht Müller  
1. Vertreter: Richter am Sozialgericht Prehn  
2. Vertreter: Richter am Sozialgericht Schäler

## **11. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgericht Wohlan  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Oberfeld  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz

## **12. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgericht Brätz  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz  
2. Vertreter: Direktorin des Sozialgerichts Dr. Crellwitz

## **13. Kammer**

Vorsitzender: Direktorin des Sozialgerichts Dr. Crellwitz  
1. Vertreter: Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Oberfeld

## **14. Kammer**

Vorsitzende: Richterin am Sozialgericht Wohlan  
1. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Oberfeld  
2. Vertreter: Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz

## **15. Kammer**

Vorsitzender: Richter am Sozialgericht Müller  
1. Vertreter: Richter am Sozialgericht Prehn  
2. Vertreter: Richter am Sozialgericht Schäler

## 16. Kammer

Vorsitzende:	Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald
1. Vertreter:	Direktorin des Sozialgerichts Dr. Crellwitz
2. Vertreter:	Richterin am Sozialgericht Wohlan

### Außerordentliche Vertretung:

Sind die bestimmten Vertreter verhindert, vertreten sich die ordentlichen Kammervorsitzenden des Sozialgerichts Stralsund in weiterer Vertretung in der aufsteigenden Reihenfolge der Kammern, wobei auf die 16. Kammer die 1. Kammer folgt. Sollte diese Regelung zu einer dritten Vertretung in der Person eines Kammervorsitzenden führen, wird dieser Vertreter zunächst übersprungen, bis alle anwesenden Kammervorsitzenden jeweils zwei Vertretungen wahrnehmen.

## II. Verteilung der Geschäfte auf die Kammern

### Vorbemerkungen:

Soweit die Geschäftsverteilung innerhalb von Sachgebieten nach den Endziffern der Aktenzeichen erfolgt, ist maßgebende Endziffer die letzte Ziffer der fortlaufenden Nummer im Prozessregister. Bei der Verteilung nach geraden und ungeraden Endziffern zählt die Endziffer "0" zu den geraden Endziffern.

Soweit die Geschäftsverteilung innerhalb von Sachgebieten nach dem Turnusprinzip erfolgt, ist maßgebend die Reihenfolge der am Turnus teilnehmenden Kammern. Den Kammern werden die neu eingehenden Verfahren in fortlaufender Reihe nach der bestimmten Quote zugewiesen. Der Turnus betreffend die Hauptsacheverfahren umfasst 28 Verfahren und wird wie folgt zugeteilt:

6. Kammer	3 Verfahren
7. Kammer:	4 Verfahren
8. Kammer:	4 Verfahren
9. Kammer:	3 Verfahren
15. Kammer:	1 Verfahren
6. Kammer	2 Verfahren
7. Kammer:	4 Verfahren
8. Kammer:	4 Verfahren
9. Kammer:	2 Verfahren
15. Kammer:	1 Verfahren

Danach beginnt ein neuer Turnus.

Ist nach dem 31.12.2012 bereits eine Klage eines Mitglieds einer Bedarfsgemeinschaft oder der gesamten Bedarfsgemeinschaft eingegangen und ist diese noch anhängig, ist die Kammer auch für weitere Klagen der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zuständig. Dies gilt auch, wenn die Frage der Zugehörigkeit zur Bedarfsgemeinschaft selbst streitig ist. Ergibt sich aus der Turnuszuweisung eine entgegenstehende Zuteilung, wird der Turnus unterbrochen und das Verfahren unter Anrechnung auf den Turnus eingetragen. Erfolgt eine Eintragung nach Trennung oder Wiederaufnahme von Verfahren, erfolgt keine Anrechnung auf den Turnus.

Werden Verfahren getrennt, verbleiben die abgetrennten Verfahren bei der bis zur Abtrennung zuständigen Kammer, es sei denn, die Abtrennung erfolgt wegen der alleinigen sachlichen Zuständigkeit einer anderen Kammer.

Soweit Verfahren, die nach der Aktenordnung SG M-V als erledigt gelten, fortgesetzt werden, verbleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit, wenn in der Kammer noch Streitverfahren desselben Rechtsgebiets anhängig sind; im Übrigen ist die Zuständigkeit der zum Zeitpunkt der Fortsetzung sachlich zuständigen Kammer gegeben. Dies gilt auch für Nebenentscheidungen in erledigten Verfahren und für Neuentscheidungen über die Änderung oder Aufhebung von Prozesskostenhilfe.

Für Verfahren nach den §§ 198 ff SGG ist die Kammer zuständig, die den Vollstreckungstitel geschaffen hat, wenn in der Kammer noch Streitverfahren desselben Rechtsgebiets anhängig sind; im Übrigen ist die Zuständigkeit der aktuell sachlich zuständigen Kammer gegeben.

Soweit es um die Feststellung geht, ob ein als erledigt geführtes Verfahren fortzusetzen oder tatsächlich erledigt ist, bleibt es bei der Zuständigkeit für das bisherige Verfahren unter Vergabe eines neuen Aktenzeichens.

Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz werden als eigenständige Verfahren geführt. Soweit ein Verfahren in der Hauptsache bereits anhängig sein sollte, ist die Kammer der Hauptsache zuständig. Wird zugleich oder später Klage in der Hauptsache erhoben, ist die Kammer des Eilverfahrens, soweit dieses noch anhängig ist, zuständig.

Wird in einem eigenständigen Verfahren nach §§ 19, 20 der Aktenordnung SG M-V oder PKH-Verfahren im laufenden Verfahren oder nach Bewilligung bzw. Ablehnung von Prozesskostenhilfe Klage erhoben, bleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit.

Folgende Verfahren, deren Zuordnung sich nicht zweifelsfrei aus der Aktenordnung SG M-V ergibt, werden unter dem Registerzeichen „R“ geführt:

- Streitigkeiten nach der Satzung der Seemannskasse;
- Streitigkeiten nach § 19 Abs. 2 Entwicklungshelfergesetz;
- Streitigkeiten nach § 27 Abs. 2 Berufliches Rehabilitationsgesetz;
- Streitigkeiten nach § 6 Entschädigungsrentengesetz;
- Streitigkeiten nach § 6 Versorgungsruhengesetz;
- Streitigkeiten nach dem Gesetz über einen Ausgleich für Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet;
- Streitigkeiten nach der Künstlersozialversicherung;
- Streitigkeiten nach dem Gesetz über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft
- Streitigkeiten nach §§ 8, 9 und 13 des Anwartschafts- und Anspruchsüberführungsgesetzes;

Zu den Angelegenheiten der Krankenversicherung (Registerzeichen „KR“) gehören auch:

- öffentlich-rechtliche Streitigkeiten aus dem Mutterschutzgesetz;
- alle Streitigkeiten, welche nur die Versicherungspflicht, die Versicherungsberechtigung oder die Beitragseinzahlung betreffen, sofern Krankenkassen als zuständige Einzugsstelle Kläger oder Beklagte sind.

Streitsachen zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Erteilung von Arbeitsbescheinigungen im Sinne des § 312 SGB III gehören auch zu den Angelegenheiten der Arbeitsförderung.

Unter dem Registerzeichen „AS“ werden auch geführt die neu eingehenden Streitverfahren, in denen die Zuständigkeit nach § 44 c Abs. 2 Nr. 4 SGB II auf die Träger oder auf Dritte übertragen worden ist.

Im Übrigen richtet sich die Zuordnung von Rechtsstreitigkeiten zu den Spruchkörpern in Zweifelsfällen nach dem dem Streitgegenstand zugrunde liegenden materiellen Recht. Kann auch danach eine Zuordnung nicht zweifelsfrei vorgenommen werden, richtet sich die Zuständigkeit der Spruchkörper nach der beklagten Körperschaft oder Behörde.

Ist eine natürliche oder juristische Person beklagt, die keine Zuordnung erlaubt, richtet sich die Zuständigkeit nach dem Kläger/der Klägerin.

Erhebt eine natürliche Person weitere Klagen in demselben Sachgebiet, so wird für die weiteren Klagen die Zuständigkeit der Kammer begründet, die bereits für das erste Klageverfahren zuständig ist. Dies gilt nicht, soweit zum Zeitpunkt der Erhebung der weiteren Klage die zuerst rechtshängig gewordene Klage bereits erledigt ist. Verfahren gegen Zusatz- und Sonderversorgungsträger gelten als eigenes Sachgebiet.

Über die Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen nach § 60 SGG beschließt, soweit es um die Berufsrichter und die übrigen Bediensteten des Gerichtes geht, der Direktor des Sozialgerichts; soweit dieser selbst betroffen oder verhindert ist, der sich in entsprechender Anwendung aus § 21 h des Gerichtsverfassungsgesetzes ergebende Stellvertreter. Die Beschlüsse ergehen unter dem Aktenzeichen der Kammer des jeweils zur Entscheidung berufenen Direktors des Sozialgerichts beziehungsweise dessen nach § 21 h des Gerichtsverfassungsgesetzes zuständigen Stellvertreters. Ist der Vorsitzende für mehrere Kammern zuständig, erfolgt die Eintragung in der Kammer mit der niedrigsten Ordnungszahl.

Als Güterichter im Sinne von § 202 SGG i.V.m. § 278 Abs. 5 ZPO werden entsprechend einer Vereinbarung mit dem Präsidium des Sozialgerichts Rostock die Güterichter des Sozialgerichts Rostock auch für den Bezirk des Sozialgerichts Stralsund bestimmt.

## 1. Kammer

(Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz)

1. Streitverfahren aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der weiteren unter dem Registerzeichen „R“ geführten Verfahren **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**
  - mit den Endziffern 2, 5, 6, 7, 53, 63, 73, 83 und 93.
2. Anfrageverfahren nach § 7a SGB IV sowie der Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV die unter dem Registerzeichen „BA“ geführt werden
  - mit den Endziffern 2, 5, 7, 9.
3. Der Bestand der unter dem Registerzeichen „R“ geführten Streitverfahren der 2. Kammer mit den Endziffern 0, 2, 4, 5, 6, 7, 8 und 9, soweit diese zwischen dem 1. Januar 2011 und 31. Dezember 2014 eingegangen sind, und die bis zum 31. Dezember 2016 eingegangenen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes mit den vorgenannten Endziffern und etwaig zugehöriger Hauptsacheverfahren sowie Bestand der 16. Kammer mit Datum vom 31.10.2017.

4. Streitverfahren aus der gesetzlichen Alterssicherung der Landwirte einschließlich des mit Ablauf des 31. Dezember 2016 in der 2. Kammer anhängigen Bestands.
5. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1 bis 3.

## **2. Kammer**

(Richterin am Sozialgericht Oberfeld)

Streitverfahren aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der weiteren unter dem Registerzeichen „R“ geführten Verfahren

- mit den Endziffern 1, 2, 6 und 7, soweit diese zwischen dem 1. April 2016 und 31. Dezember 2016 in der 2. Kammer anhängig geworden sind.

## **3. Kammer**

(Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald)

### 1. Streitverfahren

- aus der Krankenversicherung,
  - aus dem Lohnfortzahlungsgesetz,
  - aus dem Mutterschutzgesetz und
  - welche nur die Versicherungspflicht, die Versicherungsberechtigung oder die Beitragseinziehung betreffen, sofern Krankenkassen als zuständige Einzugsstelle Kläger oder Beklagte sind
  - eingehend ab dem 01.11.2017 betreffend die Beitragshöhe in der Pflegeversicherung für Mitglieder, die ihre Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge selbst zu zahlen haben, sofern die behördliche Entscheidung darüber zusammen mit der Entscheidung der Krankenversicherung der Krankenkasse über die Beitragshöhe in einem gemeinsamen Beitragsbescheid ergeht (§ 46 Abs. 2 Satz 4 SGB XI)
- einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.**

2. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1.

## **4. Kammer**

(Richterin am Sozialgericht Dr. Goertz)

1. Streitverfahren der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit **und der Verfahren nach §§ 81a, 81b SGB X,**
- mit den Endziffern 0, 3, 4 und 6;

- nach dem Bundeskindergeldgesetz, außer den Streitverfahren nach § 6 a und b des Bundeskindergeldgesetzes.

2. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1.

## **5. Kammer**

(Richterin am Sozialgericht Wohlan)

1. Streitverfahren für Angelegenheiten der Sozialhilfe, einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.
2. Streitverfahren für Angelegenheiten des Asylbewerberleistungsgesetzes, einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.
3. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1 bis 2.

## **6. Kammer**

(Direktorin des Sozialgerichts Dr. Crellwitz)

1. Streitverfahren für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende
  - mit den Endziffern 2, 4 und 5 und 6, soweit sie vor dem 01.01.2013 anhängig geworden sind, sowie mit der Endziffer 8, soweit sie vor dem 01.01.2012 anhängig geworden sind, und am 31.12.2014 in der 6. Kammer bereits anhängige Verfahren aus 2013, soweit nicht die ausdrücklich bestimmte Zuständigkeit einer anderen Kammer besteht,
  - Bestand der Kammer 9 am 31.10.2017 mit Eingang vom 01.01.2015 bis 12.10.2015 inklusive Sachzusammenhänge nach II. 2. Absatz soweit nicht bereits geladen,
  - Hauptsacheverfahren nach dem Turnusprinzip für insgesamt 5 Verfahren und
  - für Eilverfahren, die nicht von der Regelung der Vorbemerkungen erfasst sind, das 1. und nachfolgend jedes 5. Verfahreneinschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.
2. Eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1,
3. Streitverfahren, für die die Zuständigkeit einer anderen Kammer nicht gegeben ist.
4. Entscheidungen nach §§ 18 Abs. 4, 21 Satz 4 und 22 Abs. 2 SGG.



## **7. Kammer**

(Richter am Sozialgericht Schäler)

1. Streitverfahren für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**
  - für Hauptsacheverfahren nach dem Turnusprinzip für insgesamt 8 Verfahren und
  - für Eilverfahren, die nicht von der Regelung der Vorbemerkungen erfasst sind, das 2. und nachfolgend jedes 5. Verfahren.
2. Die Streitverfahren nach § 6 a und b des Bundeskindergeldgesetzes, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**.
3. Die Streitverfahren aus dem Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**.
4. Eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1 bis 3.

## **8. Kammer**

(Richter am Sozialgericht Prehn)

1. Streitverfahren für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**
  - für Hauptsacheverfahren nach dem Turnusprinzip für insgesamt 8 Verfahren und
  - für Eilverfahren, die nicht von der Regelung der Vorbemerkungen erfasst sind, das 3. und nachfolgend jedes 5. Verfahren.
2. Eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1.

## **9. Kammer**

(Richterin am Sozialgericht Oberfeld)

1. Streitverfahren für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**
  - für Hauptsacheverfahren nach dem Turnusprinzip für insgesamt 5 Verfahren und
  - für Eilverfahren, die nicht von der Regelung der Vorbemerkungen erfasst sind, das 4. und nachfolgend jedes 5. Verfahren,
  - Bestand der Kammer 9, soweit nicht die 6. Kammer zuständig ist.

2. Eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1.

### **10. Kammer**

(Richter am Sozialgericht Müller)

1. Streitverfahren nach dem sozialen Entschädigungsrecht, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.**
2. Streitverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.**
3. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1 und 2.

### **11. Kammer**

(Richterin am Sozialgericht Wohlan)

1. Streitverfahren der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, außer die Streitverfahren nach dem Bundeskindergeldgesetz, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**
  - mit den Endziffern 1, 2, 5 und 7 bis 9.
2. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1.

### **12. Kammer**

(Richterin am Sozialgericht Brätz)

1. Die Streitverfahren aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der weiteren unter dem Registerzeichen „R“ geführten Verfahren, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**
  - mit den Endziffern 0, 1, 4, 8, 9, 03, 13, 23, 33 und 43.
2. Anfrageverfahren nach § 7a SGB IV sowie der Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV die unter dem Registerzeichen „BA“ geführt werden
  - mit den Endziffern 0, 1, 3, 4, 6, 8
3. Der Bestand der unter dem Registerzeichen „R“ geführten Streitverfahren der 2. Kammer mit den Endziffern 1 und 3, soweit diese zwischen dem 1. Januar 2011 und 31. Dezember 2014 eingegangen sind, und die bis zum 31. Dezember 2016

eingegangenen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes mit den vorgenannten Endziffern und etwaig zugehöriger Hauptsacheverfahren sowie Bestand der 17. Kammer mit Datum vom 31.10.2017.

4. Streitverfahren aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.**
5. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1 bis 3.

### **13. Kammer**

(Direktorin des Sozialgerichts Dr. Crellwitz)

Angelegenheiten des Kostenrechts

- Erinnerungen gegen einen Kostenfestsetzungsbeschluss, den Kostenansatz, die Festsetzung der Rechtsanwaltsvergütung oder die Festsetzung der Vergütung eines im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwalts, die dem Richter zur Entscheidung vorgelegt werden und
- Erinnerungen gegen die Festsetzung der Vergütung der Zeugen, Sachverständigen und Kläger nach dem JVEG, die dem Richter zur Entscheidung vorgelegt werden.

### **14. Kammer**

(Richterin am Sozialgericht Wohlan)

1. Die Streitverfahren aus der gesetzlichen Unfallversicherung, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X.**
2. Angelegenheiten des einstweiligen Rechtsschutzes und eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1.

### **15. Kammer**

(Richter am Sozialgericht Müller)

1. Streitverfahren für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, **einschließlich solcher nach §§ 81a, 81b SGB X**
  - für Hauptsacheverfahren nach dem Turnusprinzip für insgesamt 2 Verfahren und
  - für Eilverfahren, die nicht von der Regelung der Vorbemerkungen erfasst sind, das 5. und nachfolgend jedes 5. Verfahren.

2. Eigenständige Verfahren nach §§ 19, 20 Abs. 1 Ziffer 2 – 3, Abs. 2 und 3 der Aktenordnung SG M-V betreffend die Zuständigkeit der Kammer unter Ziffer 1.

## **16. Kammer**

(Richter am Sozialgericht Freiherr von Houwald)

Bestände der 2. Kammer mit Datum vom 31.10.2017 aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der weiteren unter dem Registerzeichen „R“ geführten Verfahren mit der Endziffer 3, soweit diese zwischen dem 1. Januar 2015 und 30. März 2016 in der 2. Kammer anhängig geworden sind.

### **III. Zuteilung der ehrenamtlichen Richter zu den Kammern und Festlegung der Reihenfolge ihrer Heranziehung zu den Sitzungen**

1. Bestandteil des Geschäftsverteilungsplanes sind die Listen A, B und C der Anlage. Aus diesen Listen werden die ehrenamtlichen Richter gemäß § 6 SGG wie folgt zugeteilt:

Die Kammer 5 greift auf die Liste C und die Kammer 10 auf die Liste B zu. Alle übrigen Kammern greifen auf die Liste A zu.

Die Bediensteten der Träger und Verbände der Sozialversicherung, der Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen, der Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit und der Kreise und kreisfreien Städte sind nicht heranzuziehen, wenn eine Kammer über Streitigkeiten aus dem Sachgebiet der Träger und Verbände entscheidet (§ 17 Abs. 3 SGG). Deshalb werden beispielsweise Bedienstete der Gemeinden, Ämter, Kreise und der Bundesagentur für Arbeit für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht herangezogen. Gleiches gilt etwa für Bedienstete der Deutschen Rentenversicherung unabhängig ihres Zuständigkeitsbereiches (Bund, Nord), der Krankenkassen oder Unfallversicherungsträger, und zwar unabhängig davon, ob der Arbeitgeber des Bediensteten am Rechtsstreit beteiligt ist.

Mit Beginn des neuen Geschäftsjahres wird die Liste ausgehend von dem Stand fortgeführt, den sie zum 31. Dezember 2017 hatte. Für Sitzungen, die bereits am 31. Dezember 2017 geladen waren, bleibt es bei der Zuständigkeit der geladenen ehrenamtlichen Richter. Für ehrenamtliche Richter, die nach dem neuen Geschäftsverteilungsplan aus dem Amt ausscheiden, gilt dieses solange, wie ein Nachfolger noch nicht berufen wurde.

2. Maßgebend für die Heranziehung der ehrenamtlichen Richter ist die Reihenfolge in der Anlage und der Eingang der Ladungsverfügung auf der für die Zuteilung der ehrenamtlichen Richter zuständigen Geschäftsstelle. Bei nach dem Datum gleichzeitigem Eingang von Ladungsverfügungen erfolgt die Heranziehung hintereinander nach der aufsteigenden Reihenfolge der Kammern.

Finden an einem Sitzungstag unter Vorsitz desselben Richters bzw. derselben Richterin Sitzungen in mehreren Kammern statt und bestimmt sich die Zuteilung für alle Kammern nach derselben Anlage, gilt die Zuteilung einheitlich für den Sitzungstag.

3. Ist ein ehrenamtlicher Richter nach §§ 17 Abs. 3, 60 SGG oder nach diesem Geschäftsverteilungsplan für ein Verfahren ausgeschlossen, ist er bei der Heranziehung für den betroffenen Sitzungstag zu übergehen, und der listennächste ehrenamtliche Richter ist heranzuziehen.
4. Wird es durch die Verhinderung eines bereits geladenen ehrenamtlichen Richters erforderlich, binnen einer Frist von bis zu 1 Woche vor dem Termin – und damit kurzfristig – einen anderen ehrenamtlichen Richter zu laden, ist der nachzuladende Richter telefonisch zu laden. Wenn er telefonisch nicht erreichbar ist, ist der nächstberufene Richter zu laden. Ein ehrenamtlicher Richter, der erst am Tag der Verhandlung herangezogen wird, gilt auch als verhindert, wenn er den Ort der Verhandlung nicht innerhalb von 30 Minuten erreichen kann oder nicht erreichbar ist.
5. Ist ein ehrenamtlicher Richter
  - a. ausgeschlossen nach Ziffer 3 oder
  - b. verhindert, an einer Sitzung teilzunehmen oder
  - c. wird eine bereits geladene Sitzung aufgehoben oder auf einen anderen Tag verlegt und war der ehrenamtliche Richter bereits geladen

so gilt er für die weitere Ausschöpfung der Liste als herangezogen. Für ihn ist für eine spätere Sitzung der noch nicht geladene, listennächste ehrenamtliche Richter heranzuziehen.

Ist ein ehrenamtlicher Richter nach Ziffer 4 kurzfristig telefonisch nicht erreichbar oder kurzfristig telefonisch geladen und verhindert, so gilt er als nicht herangezogen.

6. Wird die mündliche Verhandlung nach ihrer Unterbrechung fortgesetzt, werden für den Fortsetzungstermin dieselben ehrenamtlichen Richter herangezogen. Die ehrenamtlichen Richter werden in diesem Fall auch für alle anderen an dem neuen Sitzungstag stattfindenden Verhandlungen herangezogen, es sei denn andere ehrenamtliche Richter sind bereits aufgrund einer früheren Ladungsverfügung zuständig geworden.
7. In den Fällen der Ziffer 5 Satz 1 ist bei der nächsten Heranziehung nach Ziffer 2 in der Reihenfolge der Heranziehung mit dem nächsten, noch nicht geladenen ehrenamtlichen Richter fortzufahren, der in der Reihenfolge der Anlage auf den verhinderten ehrenamtlichen Richter folgt. Ein bereits zuvor nach Ziffer 4 herangezogener ehrenamtlicher Richter ist dabei in der Reihenfolge der Heranziehung einmal auszulassen.
8. Wird aus besonderen Gründen von der Reihenfolge abgewichen (§ 6 Ziff. 1 S. 2 SGG), so tritt durch die Heranziehung des ehrenamtlichen Richters keine Unterbrechung in der weiteren Ausschöpfung der Liste ein. In derartigen Fällen sind die Gründe aktenkundig zu machen.
9. Scheidet ein ehrenamtlicher Richter aus, so tritt künftig an seine Stelle auf der Heranziehungsliste der für ihn neu berufene ehrenamtliche Richter.

Stralsund, den 24. Mai 2018

gez.  
Dr. Crellwitz

gez.  
Oberfeld

gez.  
Schäler

gez.  
Wohlan

gez.  
von Houwald